

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

245 (20.10.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.60 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Seite, oder deren Raum 30 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer donnerstags 1/2 9 Uhr. Weitere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 245.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 20. Oktober 1906.

26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Der Roman befindet sich im dritten Blatt.

Der tolle Gaunerstreich von Köpenick

Beschäftigt naturgemäß die gesamte Presse des In- und Auslandes. Die ganze zivilisierte Welt lacht und sie hat ein Recht dazu. Allerdings unsere bürgerliche Presse weiß sich in der heillos blamablen Situation, in welche sie der als Hauptmann massierte geniale Gauner durch seinen gelungenen Streich versetzt hat, nicht gut mit diesem Treppenhoch der Weltgeschichte abzufinden. Die agrarische Deutsche Tageszeitung greift sich an den Kopf und weiß nicht, ob sie trauern oder weinen soll. Das nur der Subordinationsgeist preussischen Ursprungs und der lächerliche Respekt vor dem „bunten Rod“ eine solche Gaunerei möglich machten, will die bürgerliche Presse, wenigstens der größere Teil derselben, nicht zugeben.

Wir wollen hier einige Presstimmen zum Abdruck bringen. Unsere Parteipresse ist sich einig in der Auffassung, daß der „Staatsstreich“ von Köpenick das preussisch-deutsche Regierungssystem bis auf die Knochen blamiert und vor aller Welt bloßgestellt hat. So schreibt der Vorwärts in einem „Der Geist von Jena“ überschriebenen Artikel:

Der Streich ist eine blutige Salbe auf unsere noch vor wenigen Tagen in den höchsten Funktionen gepriesene Kulturerrungenschaft seit Jena und das förmliche Geschädigte, das in Deutschland und dem gesamten Auslande erschallt, das kräftig nicht die paar direkt Beteiligten an der hochschimmligen Affäre, das trifft das heutige Regierungssystem in Preußen und den in seinen Verwaltungsorganen herrschenden Geist. Nebenfalls ist der Hauptfaktor in der lustigen Pötte ein viel feinerer Kenner der durch den Militarismus und die preussische Verwaltungspraxis gezeichneten Beamtenphysiologie, als alle die politischen Genies zweifelhafter Art, die dieser Tage in literarischen Blättern über den spezifisch preussischen Geist philosophieren. Der Gauner hat durch seine Tat den schönen Satz „Deutschland in der Welt“ voran, Preußen in Deutschland voran“ noch viel feiner psychologisch illustriert, wie einst Goethe den Geist des russischen Beamtenkums durch seinen „Memoire“.

Die Sächsische Arbeiterzeitung behandelt die Affäre in einem von blühigen Hohn triefenden Artikel und bemerkt zum Schluß:

Schlieflich ist es auch gar kein Unterfeld, ob es ein edler oder ein ausgehoppelter Hauptmann ist. Denn nicht das ist das Wesentliche, daß Köpenick vor einem solchen Wagnis tapferer tapferer. Der Kulturwert der beispiellosen Pötte liegt vielmehr darin, daß eine ganze Stadt in der Anna home eines toterlichen Hauptmanns sich willig und unter Verzicht auf alle Rechtsgarantien ins Tollhaus sperren ließ, daß ein solches Militär im 20. Jahrhundert mehr Rechte als ein gewöhnlicher Mann hat, daß ein offizier Herrscher des 19. Jahrhunderts.

Eine Berliner Parteikorrespondenz bemerkt:

Der Gauner ist ein lachender Philosoph der beherrschenden Gesellschaftsordnung, deren fäulnisige Funktion er in gelungener Weise parodiert hat. Denn was in Köpenick am letzten Dienstage verübt ward, geschah in der ganzen Welt alle Tage: alle Tage halten Militär und Polizei strenge Wache, indes das ganze Volk von Schelmen ausgeplündert und mißhandelt wird. Sind die Legitimationen, aus denen die Dauter und Jodler ihre ewigen Ausbeutungsrechte ableiten, etwa edler, als die des Müllergewerksamens von Köpenick? Fragt sie, was ihnen das Recht gibt, auch zu regieren, auch zu unterdrücken und auszuplündern, so werden sie, auf eine Million Uniformen, Säbel und geladene Gewehre und die willenlosen Träger hinweisend, im Tone des Kaiserlichen Napoleons antworten: „Meine Legitimation hat diese Mannschaften!“

Das Problem des „militärischen Gehorsams“ im Lichte des Gaunerstreichs von Köpenick“ behandelt der Oberst v. Gädte im Berliner Tagblatt. Er schreibt:

Man mag sich über die Stupidität der zwölf Soldaten — erstes Regiment des Regiments, ausgedehntes Material — wunderliche Gedanken machen, die einen Mann ohne Fugern als Offizier anerkennen, dessen Zuschauungsphysiognomie den Arbeiter ausgefallen war, der in Wäde ohne Skorfard, mit Schärpe eine Diensthandlung vornahm, man mag daraus zu eigenen Schlüssen über das Kommen, was wie anderen als Paradedrill und Kadavergehorsam angesehen, man mag in seinem Selbstbewußtsein über die ausgeübten Erlebnisse unserer militärischen Organisation einermahnen wohnen werden, aber man wird sich der Einsicht nicht verschließen dürfen, daß dergleichen Dinge auf Grund der zurzeit herrschenden Zustände jeden Augenblick von neuem vorkommen können. Ob eine Verfassung gesetzlich oder ungesetzlich ist, hat der Soldat nicht zu prüfen, er wendet auf Befehl des Vorgesetzten rücksichtslos Gewalt gegen den Weisheit oder Bürger an, der sich einer völlig ungesetzlichen Verhaftung durch irgend einen Schwindeleier widersetzt, und erforderlichenfalls schießt er den Weisheit ohne Fugern nieder — auch dann, wenn zum Beispiel der Befehlende Vorgesetzte irrtümlich ist. So ist die tatsächliche Lage der Dinge.

Quelle untersucht dann das Verhalten des Bürgermeisters, der zugleich Reserveleutnant ist und schreibt, der Reserveleutnant — Bürgermeister von

Köpenick durfte einen königlichen Haftbefehl aus heiterem Himmel gar nicht für etwas so ungeheuerliches halten. Allerdings gebe kein Gesetz und keine Verordnung dem Könige dieses Recht. „Aber haben wir nicht neulich erst mit starrem Entsetzen vernommen, daß der zweite Strafsenat des Kammergerichts diesen Satz der persönlichen Freiheit ohne die leiseste Spur eines Bedenkens zertrümmert hat, indem er urbi et orbi verkündete: „Dieser Artikel bezieht sich nur auf gerichtliche Strafen?“ Der König hat kraft seines Oberbefehls in ehrenrührigen Angelegenheiten eine unbeschränkte Strafgewalt, auch kann er die Strafgewalt ausdehnen will, beliebig bestimmen.“

Dann fährt Gädte fort:

Die Krone ist sehr zurückhaltend, wenn sie sich auf Ehrenkränze beschränkt, kein Gesetz hindert sie, jeden Augenblick Freiheit und Leben zum mindesten aller der Männer anzuhaken, die mit dem Degen in irgend einer Beziehung stehen oder jemals gestanden haben. Und dagegen gibt es heutzutage keinen Schutz durch die Verträge. Man weerte nicht ein, daß man kein Ding bis in seine letzten Konsequenzen durchzudenken dürfe, wo es zum Wohnein werde. Eine nicht weit hinter uns liegende Vergangenheit lehrt uns, daß es solche wahnsinnige Könige gegeben hat, die in ihrem krankhaften Zustande jahrelang regierten und gegen ihre eigenen Minister ähnliche Gewalttätigkeiten planten. Und kann nicht ein ein bespotterter Gewalttäter auf ähnliche Mittel der Regierungsmacht verlassen? In der demütigen Unterwürfigkeit des Reserveoffiziers Rangenans gegen einen Akt, der in jedem Falle geschuldete Willkür gewesen wäre, spiegelt sich ein erschütternder Deutlichkeit die stiftliche und materielle Unzulänglichkeit wieder, in der das Offizierskorps des Verlaubtenstandes von den Militärbehörden zur Stärkung der Regierungsmacht gehalten wird. Ansofern der Diktator sich hinter dem geringsten Faugensicht einer beispiellosen Verleumdung — die nur in Deutschland und Ausland möglich ist — ein erster Zug inneren Bedens...

Gewinn nicht auch die Redewendung in den Hohenloheschen Memoiren von dem nach Spanien geschickten „angehenden des Köpenicker Gaunerstreiches eine eigenartige Verleumdung? Unmögliches gibt es hier nach in Deutschland nicht mehr.

Was aber wäre geschehen, wenn der Bürgermeister von Köpenick seine Polizisten gegen das Militär wohl gemacht hätte? Wie er es durfte und vielleicht müßte! Selbst ein edler Hauptmann hätte sich ja nicht in rechtswidriger Ausübung seines Amtes befunden. Die Schandtät von Köpenick! Welche Pötte und welche Blamage!

Die Wiener Arbeiterzeitung, unser österreichisches Parteiorgan, bemerkt:

„Denkende“ Gauner kommen mitunter auf recht originelle Tricks und sehen ihre Spekulation auf die herkömmlichen Dinge. Zumal auf die verschiedenartigen menschlichen Schwächen! Das aber ein Gauner den Einfall hat, auf das stärkste von ihnen, auf das, was alle Staatsordnungen, besonders aber die preussische, am tiefsten hängen und sitzen soll — auf seine Weisheit den Militarismus zu spekulieren, das war wohl noch nicht da. Aber was das schönste ist, die Spekulation erwies sich als richtig bis auf den letzten Rest, der Gauner hat es mit psychologischen Spinnweben erkannt, daß es keinen größeren Dummling auf Erden gibt, als den im Ranne des dumpfen Gehorsams dämmern den Soldat, daß sich eine völlig ungebildete Wächterin nicht so leicht täuschen läßt, wenn man die raffiniertesten Täuschungskünste anwendet, wie selbst die weltgewandtesten Staatsbürger, wenn plötzlich die militärische Disziplin in den Gedanken läßt. Wenn aber die militärische Disziplin wenigstens selber zu denken oder sich so zu regulieren vermöchte, daß bei den in ihrem Ranne liegenden nicht alle Möglichkeiten des Denkens ausgeschaltet ist! Aber das dies nicht möglich ist, hat ja der Verbrecher genau gewußt und ihm konnte es nur recht sein. Seine Tat hat die ganze Dummheit, die das innere Wesen der spezifisch preussischen Militärdisziplin ist, entlarvt.

Nachrichtlich macht sich die ausländische Presse weidlich lustig über die Riesendummheit, die der blöde Subordinationsgeist dem deutschen Reichs bereitet hat. Aus London wird berichtet, daß alle Mütter parkenlange Verächte über den Köpenicker Fall bringen, den sie als vernichtendste Satire auf den Geist des Militarismus beschreiben, der das gesellschaftliche und offizielle Leben Preußens beherrscht. Die Prethommentare lassen sich dahin zusammenfassen, daß so etwas nur in Preußen möglich ist, wo geradezu ferbille Angst und Ehrfurcht vor allem, was Uniform heißt, besteht.

Dem Gauner gehört ein in Marmor gehauenes Denkmal vor das Köpenicker Rathaus gesetzt. Er hat es verdient.

Badische Politik.

Genosse Adolf Ged

veröffentlicht im Vorwärts die folgende Erklärung:

Die Marxheimer Volksstimme kann mit ihrem Anathema gegen den „Vorfänger“ der badischen sozialdemokratischen Kammerfraktion nicht zu Ende kommen. Sie fand im Dori und der Parteiblatt einen Partner und wählte nun auch die übrigen Parteipresseorgane vom radikalen Flügel“ zur Stellungnahme aufzufordern. In ihrem heißen Bemühen, gegen den sozialdemokratischen „Vorfänger“ Stimmung zu machen, verzog die Volksstimme bisher, die tatsächliche Grundlage zu erwähnen.

Am Ende der diesjährigen Kammererlung entschied sich die Fraktion dafür, daß unsere Partei im

landhändischen Ausschuss, welcher die Staatsabrechnung zu prüfen hat, vertreten werde und daß Ged als 2. Vizepräsident der Kammer für diesen Posten zur Wahl gestellt werden soll. In der Fraktionsführung machte ich auf die Bitte aufmerksam, diese Tagung des landhändischen Ausschusses mit einem Frühstück abzuschießen, zu welchem der Vorsitzende die betreffenden Kollegen des Landtages einlud. Die Fraktion vertrat die Ansicht, daß es sich hierbei um einen parlamentarischen Mißbrauch handle, dagegen die an das Kammerpräsidium ergangene und von diesem angenommene Einladung des Hofes für uns unbeachtet bleibt. Der Kammerpräsident hatte für diese Hofgänger jedem Mitglied des Präsidiums zweiwöchige Prämien und dazu die Freifahrt in einer Droschke für beide Tage ausgemessen; der Empfang der Kammervertretung bei Hof war auf Donnerstag, den 20. September, bestimmt. Der rote Vizepräsident ging nicht zu Hofe, sondern revidierte damals als Mitglied der Kontrollkommission das Stuttgarter Parteigebäude. Außerdem empfing der rote Vizepräsident eine Einladung des Hofmarschallantes zum feierlichen Akt des Hofjubelums; es war dem Vertreter der sozialdemokratischen Kammerfraktion auch ein Sitz bei der Festvorstellung im Großherzoglichen Hoftheater eingeräumt.

Die Sozialdemokratie blieb bei Hofe stets unterbreiten; es fehlt auch unter der Jubiläumsadresse der zweiten badischen Kammer an den Großherzog die Unterschrift des roten Vizepräsidenten.

Die Tagung des landhändischen Ausschusses mit dem herkömmlichen parlamentarischen Frühstück fand nach dieser von mir gemiedenen Hofrepräsentation der Kammer statt. Das Frühstück war diesmal nicht am Schluß der Tagung, sondern in einer dazu veranstalteten Pause. In der Schlußsitzung wurde die Staatsabrechnung unterzeichnet.

In dieser Session des Landtages lud der Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr von Marschall, wieder ein, die Mitglieder beider Kammern des Landtages a) zu einer parlamentarischen Kur mit Abendessen in den Staatspalast ein. Die sozialdemokratische Fraktion nahm in jedem Fall offiziell daran teil, auch Pring Adel als Mitglied der ersten Kammer erachteten dazu.

Dieses in tatsächlicher Begehung. Wenn die Parteipresse es für wertvoll hält, darüber zu streiten, ob die badischen Genossen im Landtag nicht besser alle Repräsentationen (einschließlich des Vizepräsidenten) beiseite liegen, so hat sie dazu die Befugnis. Es steht ihr aber nicht zu, mich nach dem Dortmunder Beispiel zu beleidigen, weil ich nach Beschüssen und Intentionen meiner Fraktion handelte. Von der Marxheimer Volksstimme ist man nichts besseres gewohnt; sie hätte aber Anlaß genug, sich mit jenen zu befassen, welche in der Kammer die Beschüsse der Fraktion mißachtet haben.

Wir haben bereits in unserem ersten Artikel zu dieser Angelegenheit erklärt, daß dem Genossen Adolf Ged ein sachlicher Vorwurf aus seinem Verhalten nicht gemacht werden kann. Sachliche Einwendungen hat auch die Marxheimer Volksstimme nicht erhoben, da sie ja in der Sache selbst auf denselben Standpunkt steht, wie der Volksfreund. Wegen der Volksstimme polemisierte, das war die verschiedenartige Haltung, die Genosse Adolf Ged selbst in Bezug auf die stiftliche Frage eingenommen hat. Es sei hier nur daran erinnert, wie feinerzeit der Genosse Fendrich in der Schwab. Tagung heruntergemacht wurde, weil er an dem parlamentarischen Abend bei dem damaligen Minister v. Brauer teilgenommen hat. Die Kritik der Volksstimme richtete sich also ausschließlich gegen die verschiedenartige Behandlung ein und derselben Angelegenheit, wobei es nicht darauf ankam, was ein Genosse getan hat, sondern was er tat. Insofern war die Kritik der Volksstimme auch durchaus gerechtfertigt, zumal wenn man sich erinnert, wie noch vor ganz kurzer Zeit gegen Parteigenossen vorgegangen wurde, die sich zunächst nur theoretisch auf den Standpunkt gestellt haben, den Genosse Adolf Ged erst in dem in der Praxis überführt hat. Die Volksstimme wollte lediglich die Tatsache konstatieren, daß es Parteigenossen gibt, deren Urteil viel weniger davon beeinflusst wird, was ein Genosse tut, als vielmehr davon, was er tut. Der Grundsatz, daß wenn zwei dasselbe tun, daß es nicht dasselbe ist, kann aber in einer demokratischen Partei nie und nimmer mehr anerkannt werden und wo sich dieser Grundsatz geltend macht, muß ihm deshalb energisch entgegengetreten werden. Freilich soll die Kritik gegen Parteigenossen, gleichviel um was es sich dabei handelt, sachlich geführt werden und sich von Beleidigungen fernhalten. Aber von welcher Seite ist denn in dieser Beziehung am meisten gesündigt worden? Wer hat denn die Stimmung erzeugt und die Leidenschaft aufgeführt, die uns ein Dresden besetzt haben? War denn die Kritik, die man jahrelang gegen den Genossen Kolb geübt hat, in allerwege sachlich? War die Art, wie man die freie Meinungsäußerung und Kritik von gewisser Seite zu unterbinden und zu unterdrücken versucht hat, ein sachlicher Kampf? Wie oft haben wir erklärt, sobald man sachlich diskutiert, verschwindet die Erbitterung. Wären die Diskussionen immer so sachlich geführt worden, wie in Mannheim, dann hätten sie nicht verbittert, sondern politisch erzieherisch und aufklärend gemittelt. Statt sachlich zu diskutieren hat man aber Stimmung erzeugt und auf Grund derselben dann Beschlüsse fassen lassen, die mit Beschlüssen neueren Datums allerdings in unvereinbarem Widerspruch stehen. Das ist nicht die Art, das Proletariat zu selbständigem politischem Denken und Handeln zu erziehen. Dagegen richtete sich die Kritik der Volksstimme und wenn sie zur Folge hat, daß künftig etwas auftretende sachliche Meinungsäußerungen sachlich ausgetragen werden, dann war sie wenigstens nicht unwohl.

Die Doppelsinnigkeit der Zentrumspolitik

wird wieder einmal gekennzeichnet durch einen Artikel des Bad. Eisenbahner, des Organs des „christlich-nationalen“ badischen Eisenbahnerverbandes. Derselbe stellt betanlich unter zentriertem Einfluß und die Nachher dieses Verbandes, vor allem der Redakteur des Bad. Eisenbahner, sind in der Welle genossene Zentrumszöglinge. Der badische Eisenbahner, „redigiert“ und verantwortlich gezeichnet von Herrn Fridolin Eisele, dessen Redaktionsabteilung wir wenig ferngezeichneten, druckt nun einen Artikel aus dem Bad. Beobachter über die Lebensmittelbeteuerung ab. Es ist derselbe Artikel, in welchem der Bad. Beobachter als „erste und nächstliegende Ursache“ der Lebensmittelbeteuerung die „gestiegenen Löhne der Arbeiter“ anführt. Der Bad. Eisenbahner hat aber diesen Passus des Artikels nicht abgedruckt, wohl in der ganz richtigen Voraussetzung, daß selbst die „christlichen“ Arbeiter einen so handgreiflichen Schwundel nicht lapieren. Der Bad. Eisenbahner dreht den Stiel vielmehr um. Er verweist auf die ebenfalls gestiegenen Mietpreise und die bezügliche Statistik, die das Tarifamt der Bundesräte veranlaßt hat und schreibt dann wörtlich:

„Daß in diesen Orten auch die Löhne entsprechend gestiegen sind, kann nicht behauptet werden. Die Verhältnisse drängen, mögen sich die Hausagrarier noch so sehr sträuben, immer mehr dahin, daß die Stadterwaltungen selbst den Bau billiger Wohnungen in die Hand nehmen.“

In dem für die Arbeiter geschriebenen Artikel wird es also direkt bestritten, daß die „gestiegenen Löhne der Arbeiter“ die „erste und nächstliegende Ursache“ für die Lebensmittelbeteuerung und die Mietsteigerungen sind. Im offiziellen Parteiorgan aber wird das direkte Gegenteil behauptet und sein einziger der „christlichen“, sonst immer den Mund sehr voll nehmenden Führer hat den Mut, gegen den Schwundel im offiziellen Parteiorgan zu protestieren, nicht einmal dann, als er zum zweiten Male vorgelesen und verheißt wird.

Interessant ist es jetzt überhaupt, wie die „christlichen“ Arbeiterführer sich zu der Lebensmittelbeteuerung verhalten, die sie selbst mitverantwortlich haben. So schreibt der Bad. Eisenbahner in derselben Nummer, in einem Artikel über die hohen Fleischpreise u. a.:

„Während nun es für die Arbeiter sein, daß trotz aller Versprechungen seitens der Regierung und der Behörden bislang nichts zur Besserung der Lage geschehen ist. Die in der Nähe der Grenze wohnenden sehen es mit Ingrimm, daß wenige Minuten von ihnen entfernt billigeres Fleisch zu haben ist, sie selbst aber nichts davon haben können. Es ist uns und auch vielen anderen unverständlich, daß aus Ausland ein bestimmtes Kontingent von Schweinen eingeführt werden darf, dieselbe Einfuhr aus anderen Staaten, Holland, Belgien, Frankreich, aber nicht gestattet ist. Es wird doch wohl keinem im Ernste einfallen, zu behaupten, daß die Gefahr der Seudeneinführung aus diesen Ländern größer sei, als bei einer Einfuhr aus Ausland. So lange die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischkonsum genügend zu decken — und zurecht ist sie es nicht — sollte auch die Regierung wenigstens für diese Zeit eine beschränkte Einfuhr unter bestimmten Vorkehrungsmaßnahmen gestatten.“

Et il Wie vernünftig diese Reinken auf einmal reden und schreiben. Als wir beim Vollerklärungs derselbe sagten und schrieben, da haben uns dieselben Leute verhöhnt und beschimpft und als Vertreter der Arbeiter versprochen. Damals ließen sich die „christlichen“ vorschwindeln, daß durch die Zollerschöpfung, wie überhaupt durch die agrarische Politik die Lebenslage der Arbeiterklasse gehoben werde. Wir haben dagegen erklärt: Wartet es nur erst ab; die erhöhten Führer werden euch schon zur Vernunft bringen. Rangsam fangen jetzt die Herrschaften, die alles besser, in Wirklichkeit in diesen Dingen aber überhaupt nicht wußten, an, die Folgen der agrarischen Ausbeutungspolitik zu kapieren. Vielleicht begreifen sie auch bald, wer damals die Vertreter an den Arbeiterinteressen waren und wer heute die Rolle der Vertreter an den Arbeitern spielt. Zu behaupten sind die Arbeiter, die sich von Leuten à la Eisele und Müller, die nichts weiter sind, als Zuträger für die Zentrumsagrarier, an der Nase herumführen lassen.

Eine eigenartige Erziehungsmethode

hat der Pfarrer von Ottersdorf. Wie man uns von dort berichtet, hat der Pfarrer am letzten Sonntag in der Christenlehre sich in einer Art und Weise den Kindern gegenüber benommen, die allenfalls Enttäuschung hervorgerufen hat. Er bearbeitete die christenlehrepflichtigen Wachsen mit Rippenstößen und Schreien und beschimpfte sie mit Ausdrücken, die man an allenwärtigen in der Kirche hören sollte. Daß diese Behandlung der Kinder vor der ganzen Gemeinde nicht gerade dazu beiträgt, die Achtung vor dem Geistlichen zu stärken, liegt auf der Hand. Einen der Wachsen ließ er mit der Faust so vor den Kopf, daß der Wachsen rüttelnd umfiel. Auch auf den Gemeinderat scheint Hochwürden nicht gut zu sprechen zu sein, denn er meinte, die kirchlichen Vorgesetzten seien schuld, daß die Jugend so verdobernd sei. Er sprach von „Gefindel“ und „Wände“, wie er sie noch nirgends angetroffen habe. So preigt man auf den Dörfern die christliche Nächstenliebe. Selbst alte fromme Leute sind über dieses Benehmen unseres Geistlichen entrüstet. Neugierig sind wir, ob sich der Gemeinderat das vom Pfarrer ruhig gefallen läßt. Wir haben nichts dagegen, wenn Hochwürden so fortfährt; die Leute kommen dann vielleicht zur Bestimmung.

Was tun die Jungliberalen nach dem Gollasch Parteilag?

Antwort: Nichts! Das Resultat der Versammlung der Karlsruhe Jungliberalen, in welcher abg

